

## Sicherheitsratsreform ›revisited‹

Seit dem Versuch Deutschlands, Brasiliens, Indiens und Japans im Jahr 2005, im Rahmen der G4-Initiative eine Erweiterung um ständige und nichtständige Sitze auf den Weg zu bringen, ist in puncto Sicherheitsratsreform nichts Durchgreifendes mehr passiert. Vier Staatengruppen verhandeln zwar in der Generalversammlung unermüdlich, doch machtpolitisches Kalkül und Statusdenken lassen keine Einigung zu. Dennoch könnte es aufgrund des zunehmenden Einflusses großer Schwellenländer wie Brasilien und Indien und dem stetig wachsenden Reformdruck zu einem neuen Anlauf beim Weltgipfel 2015 kommen, so **Eva Mareike Schmitt**. Um dem Stillstand bei der Erweiterungsfrage etwas entgegenzusetzen, wird in den UN seit einigen Jahren über praktische Verbesserungen der Ratsarbeit nachgedacht. **Pascale Baeriswyl** hat die Diskussionen in der tonangebenden Reformgruppe der ›Small Five‹ (S5) geleitet, die auf eine Verbesserung der Arbeitsmethoden des Rates hinwirkte. Zwar wurde die S5 mangels Erfolg aufgelöst und in ein größeres Forum umgewandelt. Doch alles in allem stellen die bereits erreichten Schritte in Richtung mehr Transparenz und Beteiligung den erfolgreicher Reformansatz dar. Zu mehr Transparenz tragen auch die seit dem Jahr 2002 durchgeführten informellen Arbeitstreffen des Sicherheitsrats bei, über dessen letzte Sitzung **Helmut Volger** in diesem Heft berichtet.

Wie die USA sich in den Vereinten Nationen verhalten, ist für das Wirken der Weltorganisation von wesentlicher Bedeutung. Dass nach Susan Rice mit Samantha Power nun erneut eine Frau amerikanische UN-Botschafterin geworden ist, die Menschenrechte und Multilateralismus auf ihre Fahne geschrieben hat, wirft die Frage auf, ob der Regierung von Barack Obama ein grundsätzlicher Wandel gelungen ist. **Patrick Rosenow** hat sich den Werdegang und das außenpolitische Denken beider Frauen angesehen und die bisherige Politik von Susan Rice ausgewertet. Er attestiert ihr, die Glaubwürdigkeit der USA in den UN, die durch die Amtszeit von Präsident George W. Bush stark erschüttert wurde, wieder aufgebaut zu haben und prognostiziert, dass Power das Profil einer partnerschaftlichen amerikanischen UN-Politik weiter schärfen wird.

Fortschrittlicher als die meisten Staaten der Welt zeigen sich die UN im Bereich der Menschenrechte von Menschen, die nicht dem gängigen Mann-Frau-Schema entsprechen. Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSTBI) werden vielerorts nicht die gleichen Rechte zugestanden wie Heterosexuellen. Doch die Erkenntnis, dass hier international wie national eine Schutzlücke besteht, wächst. **Karsten Schubert** schildert die Maßnahmen innerhalb des UN-Systems zum Schutz von LSTBI und nennt einige der grundlegenden Hindernisse.

In zwei Standpunkten nehmen **Sven Simon** zur Frage der Schutzverantwortung und **Ian Williams** zum Abhörskandal am UN-Amtssitz Stellung.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin  
papenfuss@dgvn.de